



KBV KOMPAKT

Gesundheitspolitischer Newsletter der Kassenärztlichen Bundesvereinigung
vom 4. Mai 2011

Aus Berlin

Rösler: Weniger Gesetze, mehr Eigeninitiative

Bundesgesundheitsminister Dr. Philipp Rösler (FDP) sieht die Schwierigkeit beim geplanten Versorgungsgesetz im Zusammenwirken von Bund, Ländern, Kommunen und der Selbstverwaltung von Ärzten und Krankenkassen. Das sagte er bei der Eröffnung des diesjährigen Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Innere Medizin in Wiesbaden. Ärzte seien nicht nur ungleich verteilt, sondern es werde auch in absehbarer Zeit zu wenig Mediziner geben, wenn die Politik nicht gegensteuere. Zudem machte Rösler klar, dass eine Reform nicht allein durch den Einfluss des Staates gelingen könne. „Die Durchsetzung einer guten Idee bedarf nicht immer und grundsätzlich einer gesetzlichen Grundlage“, sagte er. Der Ruf nach dem Staat könne durch eigene Anstrengung, Kreativität und Eigeninitiative ersetzt werden. ([Ärzte Zeitung, 2. Mai](#))

Unionspolitiker fordern Organspende ohne Ausweis

Nach dem Willen der Gesundheitsminister aus Hessen und Bayern sollen künftig jedem Hirntoten Organe zur Spende entnommen werden dürfen, es sei denn, der Betroffene hat zuvor ausdrücklich widersprochen. Stefan Grüttner (CDU) und Markus Söder (CSU) wollen so die Organspende ohne Ausweis durchsetzen. „Die Maßnahme soll den zahlreich betroffenen Patienten auf der Warteliste neue Hoffnung geben“, sagten die Politiker.

Bisher muss in Deutschland einer Organspende ausdrücklich zugestimmt werden, beispielsweise mit einem Organspendeausweis. Auf der Gesundheitsministerkonferenz Ende Juni in Wiesbaden wollen Grüttner und Söder eine entsprechende Gesetzesänderung einfordern. (Agenturmeldung, 3. Mai)

Apothekenabschlag muss möglicherweise neu berechnet werden

Das Berliner Sozialgericht hat entschieden, dass der Apothekenabschlag für das 2009 neu berechnet werden muss. Das Gericht argumentierte, dass bei damaligen Berechnungen Umsatzsteigerungen der Apotheken nicht berücksichtigt worden seien. Seit dem ersten Januar dieses Jahres beträgt der Abschlag für Apotheken 2,05 Euro pro verschreibungspflichtigem Medikament. In den Jahren 2009 und 2010 mussten Apotheken nur 1,75 Euro zahlen. Die Höhe des Abschlages hatte damals eine Schiedsstelle festgelegt, nachdem sich die Apotheken und Kassen nicht einigen konnten.

Die Apotheker gehen davon aus, dass das Urteil des Berliner Sozialgerichtes in nächster Instanz aufgehoben wird. (Agenturmeldung, 3. Mai)

Aus KBV und KVen

KBV zeigt Wege zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Arztpraxen auf

Die KBV will Ärzte und Psychotherapeuten mit einem neuen Informationsangebot dabei unterstützen, Praxis und Familie besser in Einklang zu bringen. Unter www.praxis-und-familie.de

können Interessenten Informationen zu Arbeitszeit- und Kooperationsmodellen, Vertretungsregelung, Elternzeit und Wiedereinstieg ins Berufsleben finden. „Mit der neuen Website wollen wir zeigen, wie es in der Praxis laufen kann und welche Unterstützungsangebote es gibt. Uns fehlen jetzt schon Ärzte, Psychotherapeuten und Medizinische Fachangestellte, vor allem auf dem Land. Wenn wir dagegen etwas unternehmen wollen, müssen wir die Arbeitsbedingungen in den Praxen so verändern, dass eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie möglich ist“, sagte der KBV-Vorstandsvorsitzende Dr. Andreas Köhler bei der Präsentation des neuen Informationsangebotes im Rahmen der KBV-Versorgungsmesse. ([Pressemitteilung der KBV, 3. Mai](#))

Praxisnetze schultern Verantwortung für patientennahe Versorgung

Die KBV setzt sich dafür ein, Praxisnetze im Kollektivvertrag zu verankern. „Die Vernetzung sollte zum Normalfall werden, und zwar in und zwischen den Sektoren.“ Das hat Dr. Andreas Köhler, Vorstandsvorsitzender der KBV, auf einer Podiumsdiskussion im Rahmen der zweiten KBV-Versorgungsmesse in Berlin gesagt. KBV-Vorstand Dr. Carl-Heinz Müller verwies in diesem Zusammenhang auf die rund 600 bis 800 Praxisnetze, in denen circa 20.000 Ärzte aktiv sind. „Praxisnetze haben Pionierarbeit geleistet. Für die Verbindung des ambulanten und des stationären Sektors waren sie ein ganz wesentlicher Innovationsmotor. Nach fünfzehn Jahren Erfahrung mit Praxisnetzen zeigt sich eine vielfältige ‚Netzlandschaft‘, in der Ärzte untereinander kooperieren, mit Kliniken und vielen anderen Gesundheitsberufen in diversen Konstellationen“, erklärte Müller. ([Pressemitteilung der KBV, 4. Mai](#))

KV-on: Vereinbarkeit von Praxis und Familie

Die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesministerium für Gesundheit, Annette Widmann-Mauz, berichtet im Thema der Woche auf KV-on von Plänen, durch die Praxis und Familie künftig einfacher und besser vereinbar sein sollen. Außerdem berichten in einem weiteren Podcast drei Kinder einer Hausärztin von ihren Erfahrungen, inwieweit Arztberuf und Familie im Alltag vereinbar sind. ([Video-Podcast](#); [Video-Podcast](#))

Jetzt noch anmelden: Letzte freie Plätze für den Tag der Niedergelassenen

Am 6.Mai endet die Anmeldefrist für den Tag der Niedergelassenen auf dem Hauptstadtkongress Medizin und Gesundheit im Berliner ICC. Interessierte können sich auf der Website www.tag-der-niedergelassenen.de anmelden.

Neben politischen Diskussionsrunden finden mehrere Workshops statt, beispielsweise zu Fortbildungsangeboten im Deutschen Ärzteblatt, zu MRSA in der ambulanten Versorgung oder zu modernem Investitionsmanagement für die Praxis. Darüber hinaus stehen während des gesamten Kongresses auf dem Info-Markt der Kassenärztlichen Vereinigungen und KBV Ansprechpartner für alle Fragen rund um die Praxis zur Verfügung. Erstmals gibt es in diesem Jahr ausführliche Informationen rund um das Thema Niederlassung, von der Famulatur über die Weiterbildungsassistenz bis hin zur Praxisübernahme.

Der Tag der Niedergelassenen findet am 13. Mai zwischen 9 und 18 Uhr statt. Das vollständige Programm und weitere Informationen finden Sie unter www.tag-der-niedergelassenen.de.

Bayerns Ärzte reichen Honorarabrechnung mehrheitlich online ein

99,3 Prozent der in Bayern niedergelassenen Vertragsärzte und -psychotherapeuten hat im ersten Quartal 2011 die Honorarabrechnung online eingereicht. Für diejenigen Ärzte und Psychotherapeuten, die im Umgang mit Online-Services unsicher waren, hatte die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Bayerns einen telefonischen und persönlichen Beratungsservice eingerichtet. Die Ärzte und Psychotherapeuten sorgten sich in erster Linie um die Sicherheit der sensiblen Daten der Patienten. „Die Kolleginnen und Kollegen in den Praxen stehen der Online-Welt also nicht generell skeptisch gegenüber, sondern gehen sehr wohl online, wenn es für die Praxis sinnvoll ist“, sagte der Vorstandsvorsitzende der KV, Dr. Wolfgang Krombholz. ([Pressemitteilung der KV Bayerns, 3. Mai](#))

KV Baden-Württemberg kritisiert Forderung nach Honorarkürzung in Städten

Die Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Baden-Württemberg hat die Forderung des Spitzenverbandes der gesetzlichen Krankenkassen nach einer Absenkung der Ärzthonorare in städtischen Regionen zugunsten des Landes scharf kritisiert. „Wir haben eine alte Bedarfsplanung, die mit völlig überholten Zahlen aus den 90er Jahren operiert. Überversorgung ist eine reine Rechengröße, die viele Tatsachen in der Versorgung nicht berücksichtigt. Dazu gehören etwa die Pendler in den Großstädten, die dort natürlich auch zum Arzt gehen“, sagte Dr. Norbert Metke, Vorstandsvorsitzender der KV. Metke bemängelte ebenso die Forderung des Verbandes, die Zulassungen nur noch auf Zeit zu vergeben. „Das Hauptproblem, warum sich die jungen Mediziner heute nicht niederlassen, ist die fehlende Planungssicherheit, weil sich die Rahmenbedingungen permanent ändern. Gerade solche Forderungen verschärfen das noch einmal“, so Metke. ([Pressemitteilung der KV Baden-Württemberg, 27. April](#))

Aus den Verbänden

ÄZQ veröffentlicht Patienteninformationen über Prostatakrebs

Zum Thema „Prostatakrebs im fortgeschrittenen Stadium“ hat das Ärztliche Zentrum für Qualität in der Medizin (ÄZQ) im Auftrag der KBV ein Informationsblatt für Patienten entwickelt. Leicht verständlich und kompakt vermittelt es wichtige Informationen zur Erkrankung und deren Behandlung. Grundlage für die Empfehlungen bildete die Patientenleitlinie „Prostatakrebs II. Lokal fortgeschrittenes und metastasiertes Prostatakarzinom“. Die Kurzinformationen im DIN-A4-Format stehen allen niedergelassenen Ärzten zum Ausdrucken zur Verfügung. Diese können das pdf-Dokument sowohl in der [Arztbibliothek](#) als auch auf www.patienten-information.de und der [KBV-Website](#) herunterladen. ([Pressemitteilung des ÄZQ, 28. April](#))

Krankenkassen stellen Portal zur Bewertung und Suche von Ärzten vor

In einem neuen Internetportal können Versicherte der AOK und BARMER GEK Haus- und Fachärzte beurteilen. Die Bewertungen fließen in eine Online-Arztsuche ein. Die Versicherten können etwa angeben, ob der Arzt sie in Entscheidungen einbezieht, ob ihre Intimsphäre gewahrt wird oder sie den Arzt an Freunde weiterempfehlen würden. „Das Portal lebt vom Mitmachen: Je mehr Patienten sich beteiligen, desto aussagekräftiger werden die Ergebnisse“, warb Jürgen Graalman, stellvertretender Vorstandsvorsitzender des AOK-Bundesverbandes. Das Portal richte sich nicht gegen Ärzte, betonte er: „Im Gegenteil, sie erhalten ein systematisches Feedback ihrer Patienten.“ Eine Richtschnur bei der Entwicklung seien die Kriterien gewesen, die die Ärzteschaft zur Qualität von Arztbewertungsportalen aufgestellt hat. An einigen Stellen gehe das Portal über diese Kriterien hinaus – zum Beispiel mit dem Verzicht auf Freitextfelder. Unsachgemäße Äußerungen seien so ausgeschlossen. Erste Ergebnisse aus den Pilotregionen Berlin, Hamburg und Thüringen zeigten, dass die Patientenzufriedenheit im Durchschnitt erfreulich hoch sei. „Trotzdem werden Unterschiede in der Bewertung zwischen den einzelnen Ärzten deutlich erkennbar“, sagte Graalman.

Die KBV bewertete die neue Online-Arztsuche positiv. Sie sei kein „digitaler Pranger“, sagte KBV-Vorstand Dr. Carl-Heinz Müller. Allerdings betonte er: „Ein digitales Forum kann nie einen Arzt-Patienten-Kontakt ersetzen.“ „Sehr kritisch“ gegenüber Arztbewertungsportalen zeigte sich dagegen der Vorstand der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns (KVB). ([Gemeinsame Pressemitteilung des AOK-Bundesverbandes, der BARMER GEK und der Weissen Liste, 3. Mai; Ärzte Zeitung, 3. Mai; Pressemitteilung der KVB, 2. Mai](#))

GKV-Spitzenverband lehnt GBA-Reform ab

Forderungen nach einer Strukturreform des Gemeinsamen Bundesausschusses hat der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) zurückgewiesen. Entscheidungen sollten auch in Zukunft im sektorenübergreifenden Plenum fallen und die unparteiischen Mitglieder autonom von den Trägerorganisationen benannt werden, teilte der GKV-Spitzenverband der Ärzte Zeitung mit. Die KBV, Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung und Deutsche

Krankenhausgesellschaft hatten vorgeschlagen, die Unparteiischen künftig vom Bundestag berufen zu lassen. Zudem solle wieder nach Sektoren getrennt beraten und beschlossen werden. Zur Begründung hieß es, dass der Aufwand, sich mit sektorfremden Themen auseinanderzusetzen, zu hoch sei. Der GKV-Spitzenverband hält dagegen: „Es wäre wünschenswert, wenn sich alle Leistungserbringer für die Versorgungsketten in unserem Gesundheitssystem insgesamt interessierten und es begrüßten, auch in Entscheidungen außerhalb ihres primären Tätigkeitsbereiches einbezogen zu sein.“ ([Ärzte Zeitung, 4. Mai](#))

City BKK muss schließen

Versicherte der City Betriebskrankenkasse (BKK) müssen sich eine neue Krankenkasse suchen, denn zum ersten Juli 2011 wird die Kasse abgewickelt. Das hat das Bundesversicherungsamt als zuständige Aufsichtsbehörde entschieden. Die Sanierungserfolge hätten nicht gereicht, um das Strukturproblem aufzufangen und eine dauerhafte eigenständige wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu sichern, hieß es zur Begründung. Um die Schließung zu verhindern hatte die City BKK in den vergangenen Monaten Personal entlassen, Sachmittel gekürzt und ihren Zusatzbeitrag auf 15 Euro erhöht. Andere BKKen hatten zudem finanzielle Hilfen zugesagt.

Die Mitglieder der City BKK wurden schriftlich informiert. Für sie und ihre beitragsfrei mitversicherten Familienangehörigen entstehen keine Nachteile, denn ihr Anspruch auf den gesamten Leistungskatalog bleibt bestehen. Laufende Versicherungsfälle werden von den Folgekassen nahtlos fortgesetzt, schreibt der Gesetzgeber vor. Die Kosten der Abwicklung, die alle BKKen tragen müssen, belaufen sich nach ersten Schätzungen auf 135 bis 150 Millionen Euro. Es ist die erste Schließung einer gesetzlichen Krankenkasse seit Einführung des Gesundheitsfonds im Januar 2009. ([Pressemitteilung des BKK-Bundesverbandes, 4. Mai](#); Agenturmeldung, 4. Mai)

Aus der Welt

Patientenrechte werden in Europa kaum umgesetzt

Die Umsetzung der in der Europäischen Charta festgeschriebenen Patientenrechte ist in Europa mangelhaft. Das sagte Wolfram-Arnim Candidus, Präsident der Deutschen Gesellschaft für Versicherte und Patienten, anlässlich des fünften Europäischen Patientenrechtstages in Berlin.

Eine Studie des Active Citizenship Network (ACN) belege, dass bislang keines der Rechte vollständig umgesetzt worden sei, so Candidus. Die ACN hat Patienten- und Bürgerinitiativen in 21 Mitgliedstaaten der Europäischen Union zur Umsetzung der Patientenrechte in großen Krankenhäusern befragt. Laut Studie liegt Deutschland bei 21 möglichen Plätzen auf dem 17. Platz. ([Ärzte Zeitung, 4. Mai](#))

Außerdem

Ärztliche Betreuung mit Kurznachrichten

Wissenschaftler und Ärzte der Universität Greifswald wollen Alkoholabhängige bald per SMS-Nachrichten über Handy betreuen. Die sogenannte SMS-Studie startet diesen Sommer. Sie ist zunächst auf drei Jahre befristet, 468 Patienten nehmen daran teil.

Nach einer Entgiftung in der Klinik sollen die Teilnehmer automatisierte Kurznachrichten empfangen. So erfahren sie Werte über ihren Gesundheitszustand. Sind die Werte schlecht, nimmt ein Betreuer Kontakt zu den Patienten auf. Bereits vor zwei Jahren gab es eine entsprechende Studie mit 80 Teilnehmern. (Süddeutsche Zeitung, 30. April)

KOMPAKT-Zahl der Woche: 12.500

12.500 Patienten warten derzeit in Deutschland auf eine Organspende. Davon sterbe jeder Dritte während der Wartezeit. Das teilte das Sozialministerium Hessen mit. (Pressemitteilung des Sozialministeriums Hessen, 3. Mai)

Aus der Presse

Arzt kann seine Zulassung nicht einfach weitergeben

Mediziner sollten ihre Zulassung als Vertragsärzte nicht mehr verkaufen oder vererben dürfen. Stattdessen sollte die Zulassung verfallen, wenn ein Arzt seine Praxis schließt. Auf diese kürzlich vom Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen geäußerte Forderung hat KBV-Vorstandsvorsitzender Dr. Andreas Köhler reagiert, schreibt das Deutsche Ärzteblatt. Die Realität sei schon jetzt so, dass ein Arzt seine Zulassung nicht weitergeben könne, zitiert die Zeitung Köhler. „Die Zulassung erlischt am Lebensende beziehungsweise mit dem Ende der vertragsärztlichen Tätigkeit. Ärzte erhalten sie vom Zulassungsausschuss von Kassenärztlichen Vereinigungen und Krankenkassen. Jeder Arzt muss seine Zulassung dort beantragen, auch wenn er eine Praxis übernehmen will.“ Darüber hinaus sei der Praxisverkauf für den Inhaber eine wesentliche Absicherung im Falle einer Berufsaufgabe. Dass der Arzt kontinuierlich in seine Praxis investiere, käme auch dem Patienten zugute, so Köhler. ([Deutsches Ärzteblatt, 25. April](#))

Aus dem Terminkalender

- 05.05.11 [KBVMesse Versorgungsinnovation 2011](#)
Abschlussstag der Messe, Berlin
- 05.05.11 Vertreterversammlung der KV Berlin
Berlin, 20 Uhr
- 13.05.11 [Tag der Niedergelassenen 2011](#)
Berlin
- 13.05.11 Vertreterversammlung der KV Mecklenburg-Vorpommern
Radisson Blue Hotel Rostock, 14.30 Uhr
- 16.05.11 [Spreestadt-Forum zur Gesundheitsversorgung in Europa](#)
Berlin, 18–20 Uhr
- 30.05.11 Vertreterversammlung der KBV
Kiel, 10 Uhr
- 09.06.11 Vertreterversammlung der KV Berlin
Berlin, 20 Uhr
- 15.06.11 Vertreterversammlung der KV Rheinland-Pfalz
Mainz, 15.30 Uhr

- 16.05.11.1 Vertreterversammlung der KV Hamburg
Hamburg, 20 Uhr
- 24.06.11 Vertreterversammlung der KV Brandenburg
Potsdam 15 Uhr

Redaktion:

Dezernat Kommunikation der KBV

Tel: 030 / 40 05 – 22 03

Fax: 030 / 40 05 – 27 22 03

E-Mail: agromes@kbv.de, atietjen@kbv.de, agraumann@kbv.de

Redaktionsschluss von KBV kompakt ist mittwochs 13 Uhr.

Hier können Sie unseren Newsletter abonnieren, Ihre E-Mail-Adresse ändern oder unseren Newsletter abbestellen: <http://www.kbv.de/publikationen/newsletteranmeldung.php>